

Frühnezeitforschung in Ungarn und Österreich

Veranstalter: Balassi Institut - Collegium Hungaricum Wien; Institut für Österreichische Geschichtsforschung, Wien

Datum, Ort: 02.05.2011-03.05.2011, Wien

Bericht von: Sarah Pichlkastner / Anita Hipfinger / Andrea Serles, Universität Wien

Auf Initiative von Csaba Szabó, Vizedirektor des Collegium Hungaricum sowie Direktor des Instituts für Ungarische Geschichtsforschung in Wien, fand zum ersten Mal eine gemeinsame Tagung des Collegium Hungaricum mit dem Institut für Österreichische Geschichtsforschung statt.¹ Für die Organisation zeichneten neben ihm auch Thomas Winkelbauer, Direktor des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, István Fazekas (ungarischer Archivdelegierter im Haus-, Hof- und Staatsarchiv) sowie Martin Scheutz (Institut für Österreichische Geschichtsforschung) verantwortlich. Unter dem Tagungstitel „Frühnezeitforschung in Ungarn und Österreich“ referierten im Collegium Hungaricum fünf ungarische und fünf österreichische Diplomanden/-innen und Dissertanten/-innen über ihre jeweiligen Forschungsarbeiten. Die ein breites Spektrum an Themen abdeckenden Beiträge wurden von den vier Organisatoren moderiert. Aufgrund der Heterogenität der Forschungsgebiete wurde auf eine Einteilung in Sektionen verzichtet. Ziel dieser Veranstaltung war es, österreichische und ungarische Jungwissenschaftler/-innen miteinander in Kontakt zu bringen sowie die Basis für zukünftigen Austausch und weitere Zusammenarbeit zu schaffen. Nach der gelungenen Premiere wird bereits darüber nachgedacht, die gemeinsame Tagung unter wechselnden thematischen Schwerpunkten sowie eventuell unter Miteinbeziehung von Teilnehmer/-innen weiterer Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie regelmäßig stattfinden zu lassen.

Als erste Referentin widmete sich ZSUZSANNA CZIRÁKI (Szeged) in ihrem Beitrag, unter Heranziehung von Archivalien aus österreichischen, ungarischen und rumänischen Archiven, der Rolle der Siebenbürger Sachsen

in der Ostpolitik des Hauses Habsburg in den Jahren 1611 bis 1616. Sie führte aus, wie nach dem „Langen Türkenkrieg“ (1591/1593–1606) das Fürstentum Siebenbürgen wie auch schon in der Zeit zuvor ein Spielball zweier Großmächte geblieben war: des Habsburgerreiches sowie des Osmanischen Reiches. Den Siebenbürger Sachsen sei in dieser Situation nicht zuletzt aufgrund ihrer Finanzstärke und guten Vernetzung in Europa eine wichtige Rolle zugekommen. Von der Habsburgerseite als Verbündete im angestrebten „Hauptkrieg“ gegen die Osmanen eingeplant, betrieben sie eine zwischen den beiden Mächten wechselnde Schaukelpolitik, angepasst an die jeweiligen Machtkonstellationen sowie die daraus resultierende Kriegsgefahr, so Cziráki. Insgesamt sieht sie die Siebenbürger Sachsen, deren Parteinahme nach ihrer Ansicht ohnehin nicht entscheidend hätte sein können, gestärkt aus diesem Wechselspiel hervorgehen, während die Habsburger ihre Ansprüche vor allem auch aufgrund fehlender Unterstützung von innen und außen vorerst nicht durchsetzen konnten.

MICHAEL PÖLZL (Wien) stellte sein Dissertationsprojekt vor, das sich die Erforschung der Witwenhofstaaten zwischen 1637 und 1750 am Wiener Hof zum Ziel gesetzt hat. Wie der Vortragende zu Beginn aufzeigte, gab es auf diesem Gebiet bisher im Gegensatz zu anderen europäischen Höfen kaum Forschungen. Als wichtigste Quellen dienten ihm die im Haus-, Hof- und Staatsarchiv aufbewahrten Zeremonialprotokolle sowie das seit 1703 erscheinende „Wiener Diarium“. Zunächst verglich Pölzl die Hofstaaten der regierenden Kaiserinnen mit jenen der Kaiserin-Witwen. Letztere seien um einiges größer gewesen und hätten zudem verhältnismäßig aus mehr männlichen Mitgliedern bestanden. Der Grund dafür sei die teilweise personelle Verbundenheit der Hofstaaten der Kaiserin-

¹ An der Erstellung des Tagungsberichts mitgewirkt haben: Zsuzsanna Cziráki, Historisches Institut, Universität Szeged; Viliam Štefan Dóci, Institut für Kirchengeschichte, Universität Wien; Péter Kasza, Lehrstuhl für Klassische-Philologie und Neulatein, Universität Szeged; Irene Kubiska, Institut für Österreichische Geschichtsforschung, Universität Wien; Béla Vilmos Mihalik, PhD-Programm für Frühneuzeitliche Ungarische Geschichte, Loránd-Eötvös-Universität Budapest; Michael Pölzl, Institut für Geschichte, Universität Wien; Petra Rausch, Institut für Geschichte, Universität Pécs.

nen mit jenen der Kaiser. Anschließend beschrieb der Referent einerseits das weltliche Leben der Kaiserin-Witwen, das sich um Visiten, Audienzen und Galatage drehte, andererseits ihr religiöses Leben, da, wie er ausführte, von den Witwen eine besonders fromme Lebensführung erwartet wurde. Die von den Kaiserin-Witwen ausgeübten Frömmigkeitsformen und -praktiken, vor allem ihre häufigen Kirchenbesuche, hätten einen wichtigen Anteil an der „*Pietas Austriaca*“ zur Zeit der Gegenreformation gehabt.

VILIAM ŠTEFAN DÓCI OP (Wien) präsentierte mit dem Thema „Eine ‚pseudopolitische Rede‘ des Kaschauer Dominikaners Rupert Zöhler am Fest der heiligen Elisabeth von Ungarn 1790“ Forschungsergebnisse aus seiner an der Katholisch-Theologischen Fakultät Wien durchgeführten Dissertation „Seelsorge der Dominikaner in Kaschau im 18. Jahrhundert“. Der zentrale Ausgangspunkt der im Sinne der Aufklärung gehaltenen Predigt Rupert Zöhlers war das spannungsgeladene Verhältnis der unterschiedlichen in Kaschau/Košice/Kassa lebenden Nationalitäten, so der Vortragende. Den äußeren Rahmen der Predigt habe ein Beziehungsdreieck aus Religion, Gesellschaft und Staat gebildet, wobei der Religion von Zöhler viel eher eine ordnende als eine spirituelle Rolle zugewiesen worden sei, während ihm die heilige Elisabeth als Leitbild für eine von Gehorsam und Liebe erfüllte Lebensführung gedient habe. Wie Dóci ausführte, bezog Zöhler die Pflicht zum Gehorsam auf die Ebenen Religion und Staat bzw. Herrscher, die tätige Nächstenliebe der Heiligen verwendete er als Metapher für das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Nationen. Laut dem Vortragenden erreichte Zöhler mit seiner Predigt, die gegen den aufkeimenden magyarischen Nationalismus gerichtet war, das genaue Gegenteil – durch eine wenig sensible Wortwahl habe er sogar den ethnischen Konflikt verschärft. Abschließend verdeutlichte Dóci, dass Lebenspraxisbezogenheit in einer Predigt zwar ganz im Sinne der Aufklärung war, ein zu starker Fokus auf politisch sensiblen Themen aber als unangemessen für eine Predigt angesehen wurde und zu ernsthaften Konflikten führen konnte.

Der Vortrag von IRENE KUBISKA (Wien)

hatte die Entwicklung des Versorgungswesens für die aus Alters- oder Krankheitsgründen nicht länger arbeitsfähigen Bediensteten des Wiener Kaiserhofes bzw. im Todesfall für deren Angehörige zum Thema und war zeitlich auf die Mitte des 18. Jahrhunderts fokussiert. Bis zum damaligen Zeitpunkt habe es kein geregeltes Versorgungsprinzip gegeben, Unterstützung sei vom Herrscher jedoch in vielen Fällen gnadenhalber gewährt worden. Wie die Vortragende ausführte, wurden zu Beginn der Herrschaft Maria Theresias in den 1740er-Jahren aus Spargründen erste Normierungs- und Vereinheitlichungsversuche unternommen, die schließlich 1781 im so genannten „Pensionsnormale“ Kaiser Josefs II. mündeten, das erstmals einen nach Dienstjahren gestaffelten Pensionsanspruch von Staatsbeamten festschrieb. Mit Hilfe der von den Hofbediensteten einzureichenden Bittschriften sowie der Hofparteiprotokolle, die die Entscheidungsfindung sichtbar werden lassen, konnte Kubiska verschiedene, bis 1781 existierende Versorgungsmodelle unterscheiden: „Pension“, „Provision“, „Gnadengeld“, „Almosen“, „Emeritierung“ und „Jubilation“. In allen Fällen sei die Gewährung von Unterstützung an Arbeitsunfähigkeit und Bedürftigkeit geknüpft gewesen. Auch Angehörige verstorbener Hofbediensteter konnten um Hilfe bitten, vor allem im Namen unmündiger Kinder eingereichte Bittgesuche hatten gute Chancen, so die Vortragende.

PÉTER KASZA (Szeged) zeigte in seinem Vortrag die Beziehung des ungarischen Kanzlers Stephanus Brodaricus (István Brodarics, Stjepan Brodarić) zu den Habsburgern in den Jahren 1526 und 1527 in einem neuen Licht. Er führte aus, wie Brodaricus bereits ein halbes Jahr nach der Schlacht von Mohács, bei der König Ludwig II. von Ungarn und Böhmen gestorben war, von der Seite Ferdinands I. auf die Seite des „Gegenkönigs“ Johann Szapolyai gewechselt war. Als endgültiger Bruch mit den Habsburgern werde in der Fachliteratur immer wieder die so genannte „Hainburg-Affäre“ angeführt: Der ungarische Kanzler war bei einer Zusammenkunft Ferdinands mit seiner Schwester Maria, der Witwe Ludwigs, in Hainburg nicht geladen gewesen und hätte dies angeblich als Beleidigung

gung angesehen. Durch einen neu entdeckten Brief (Brodaricus an Ferdinand, 18. März 1527), den das Ungarische Staatsarchiv 2008 bei einer Auktion erstand, könne diese Begebenheit neu interpretiert werden. Wie Kasza zeigte, begründete der Kanzler darin seinen Seitenwechsel. Trotz der schweren Vorwürfe Brodaricus' gegenüber Ferdinand bitte er diesen nicht nur um Verständnis, sondern auch um Entschuldigung. Mit Stephanus Brodaricus sei uns damit ein einzigartiger Fall überliefert, der die Entscheidung für den Seitenwechsel zu Johann Szapolyai quellenbasiert nachvollziehbar macht.

Der Vortrag von ANITA HIPFINGER (Wien) setzte sich mit der bislang wenig erforschten Rolle der Herrschaftsbeamten im Gefüge der Grundherrschaft im 17. und 18. Jahrhundert auseinander. Dabei ging es darum, ihre Funktion etwa bei der Vermittlung herrschaftlicher Kommunikation zu beleuchten und ihre Machtstellung auf Basis von Instruktionen und Dekreten sowie weiteren aus dem Verwaltungsalltag stammenden Quellen des Liechtensteinischen Hausarchivs in Wien unter die Lupe zu nehmen. In ihrem Vortrag betrachtete Hipfinger zunächst die normative Seite und zeigte anhand der bisherigen Forschungsergebnisse, welche Kompetenzen der Beamten geregelt wurden. Gleichzeitig problematisierte sie die Aussagekraft dieser normativen Quellen, indem sie diesen die gelebte Praxis auf den Herrschaften Wilfersdorf und Feldsberg anhand eines Beispiels (der Fall des Hauptmanns Wadl) gegenüber stellte. Als Zwischeninstanz seien die Beamten zwischen Obrigkeit und Untertanen hin- und hergerissen (Stichwort: Korruption) gewesen – dennoch gestand ihnen die Vortragende eine wichtige Rolle als Innovationsträger zu. Hinsichtlich der Untertanen konstatierte sie, dass diese nicht auf Normenempfänger zu reduzieren waren und zu den Herrschaftsbeamten ein ambivalentes Verhältnis pflegten. Letztere hätten zwar als deren Sprachrohr fungiert, seien aber auch als zweite Form von Obrigkeit empfunden worden.

Den Ausgangspunkt der von ANDREA SERLES (Wien) präsentierten Forschung bildet die Bearbeitung der Besoldungslisten der Niederösterreichischen Regierung, einer Be-

hörde, die von Kaiser Maximilian I. ins Leben gerufen worden war. Vor dem Hintergrund der Durchsetzung des römischen Rechts, des Aufkommens eines modernen Instanzenzugs sowie dauerhafter Behördenstrukturen stellte die Vortragende die einzelnen Tätigkeitsfelder der Niederösterreichischen Regierung und ihre personelle Zusammensetzung am Ende des 16. Jahrhunderts dar. Die Agenden der Amtsträger hätten dabei häufig die Herausforderungen der Zeit widergespiegelt: Gegenreformation und Rekatholisierung, „Langer Türkenkrieg“, Aufstände der Unterschichten und Auseinandersetzungen innerhalb der Dynastie („Bruderzwist“). Die Bedeutung der Zusammenarbeit mit anderen landesfürstlichen Behörden, vor allem mit der Niederösterreichischen Kammer und dem Klosterrat, wurde von Serles hervorgehoben. Sie thematisierte zudem die stark fragmentierte Quellenlage zur Niederösterreichischen Regierung, da viele Archivalien einer Skartierungswelle sowie dem Brand des Justizpalastes (1927) zum Opfer gefallen seien, wodurch die Bearbeitung dieses verfassungs-, verwaltungs- und behörden-geschichtlichen Themas erschwert werde.

Der Vortrag von PETRA RAUSCH (Pécs) behandelte die Beziehungen der Zipser Kammer zur Niederösterreichischen Kammer in Bezug auf die Verwaltung der Bergkammer und der Münzstätten zu Nagybánya/Baia Mare von 1571 bis 1613 und war damit thematisch an der Schnittstelle zwischen Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte Ungarns anzusiedeln. Die Referentin schilderte den schlechten wirtschaftlichen Zustand des Bergbaus in den königlichen Bergwerken, der Münzstätte und der Bergkammer von Nagybánya und den daraus erwachsenen Reformbedarf, dem die königlich ungarische Verwaltung aus Kapitalmangel nicht selbst nachkommen konnte. Daher wurden, wie Rausch ausführte, zur Durchführung der Reorganisation Nagybányas finanzkräftige Pächter gesucht (und in Mitgliedern der Familie Herberstein schließlich auch gefunden). Die von der Referentin verwendeten Quellen entstammen der Korrespondenz zwischen der Zipser Kammer und der Niederösterreichischen Kammer. Erst 1613, nachdem das Bergbaurevier in den Besitz der Fürs-

ten von Siebenbürgen übergegangen war, hätten sich die Beziehungen zwischen den beiden Kammern gelockert, wodurch es zu einem Versiegen der für das Thema relevanten schriftlichen Quellen gekommen sei.

Die Anfänge der Jesuitenmission in der ehemals oberungarischen Stadt Nagybánya/Baia Mare standen im Mittelpunkt des Vortrags von BÉLA VILMOS MIHALIK (Budapest). In der Grenzstadt zu Siebenbürgen kam es laut seinen Ausführungen später als in den anderen oberungarischen Städten zur Durchsetzung der Gegenreformation. Einen möglichen Grund dafür ortete Mihalik neben der geopolitischen Situation darin, dass es außer den Kammeroffizieren kaum Katholiken in der Stadt gab. Obwohl mit der Einsetzung der Kammerregierung und dem Einmarsch der kaiserlichen Armee 1672 der erste Schritt zur Einleitung der katholischen Konfessionalisierung mit Hilfe der Zipser Kammer gesetzt wurde, blieben die religiösen Verhältnisse bis zu den Predigerprozessen im Jahr 1674 weiterhin unverändert, so der Vortragende. Erst durch die Besetzung der drei Kirchen von Nagybánya mit Jesuiten sei es ab 1674 gelungen, die Bevölkerung nach und nach zu (re)katholisieren. Die Grundlage der Studie Mihaliks bildeten Quellen aus den Beständen der Zipser und der Ungarischen Kammer sowie der Hofkammer, die jesuitischen „Litterae Annuae“ in der Handschriftensammlung der Österreichischen Nationalbibliothek und Dokumente des Minoritenklosters von Nagybánya im Diözesanarchiv von Satu Mare.

SARAH PICHLKASTNER (Wien) stellte in ihrem Vortrag die städtische Randschicht der Bettler/-innen mit Bettelerlaubnis vor. Sie führte aus, dass diese über obrigkeitliche Bettelgenehmigungen in Form von Bettelzeichen verfügten, die in Wien „Stadtzeichen“ genannt wurden. Ausgehend von Bettlerverzeichnissen aus dem 16. und 17. Jahrhundert sowie weiteren Quellen aus dem Wiener Stadt- und Landesarchiv ging die Vortragende auf verwaltungs-, sozial- und alltagsgeschichtliche Aspekte ein. Sie zeigte, dass es sich bei den Armen in der Stadt keineswegs um eine einheitliche Gruppe handelte und dass die bis 1693 praktizierte Vergabe von Bettelzeichen nur eine von mehreren Unterstüt-

zungsformen darstellte. Nachdem sich die zuständigen Obrigkeiten schon seit dem Spätmittelalter um die Aufsicht über die Bettler/-innen bemüht und Zeichen vergeben hätten, habe sich auf diesem Gebiet ab dem 16. Jahrhundert ein organisiertes Administrations- und Kontrollsystem (Visitationen, Buchführung, Bettelrichter usw.) etabliert. Abschließend ging Pichlkastner anhand der Angaben in den Bettlerverzeichnissen auf die sozialen und geographischen Hintergründe der „Stadtzeichner/-innen“ ein, bei denen es sich meist um zugewanderte Angehörige der städtischen Unterschichten gehandelt habe.

Konferenzübersicht:

ZSUZSANNA CZIRÁKI (Szeged): Die Rolle der Siebenbürger Sachsen in der Ostpolitik des Hauses Habsburg in den Jahren 1611 bis 1616

MICHAEL PÖLZL (Wien): „Was ist elender als eine Wittwe?“ (Gregorius Nyssenus). Die Kaiserinwitwe und ihre Position im Gefüge des Wiener Hofes

VILIAM ŠTEFAN DÓCI OP (Wien): Eine „pseudopolitische Rede“ des Kaschauer Dominikaners Rupert Zöhler am Fest der Hl. Elisabeth von Ungarn 1790

IRENE KUBISKA (Wien): Personalstruktur des Wiener Hofes oder Pensionierungssysteme und Versorgungswesen für Wiener Hofbedienstete und deren Angehörigen im 18. Jahrhundert

PÉTER KASZA (Szeged): Auf den Spuren eines Humanisten. Stephanus Brodaricus' Beziehungen zu den Habsburgern

ANITA HIPFINGER (Wien): Die Rolle des herrschaftlichen Beamtenapparats auf den liechtensteinischen Herrschaften Feldsberg und Wilfersdorf im 17. und 18. Jahrhundert

ANDREA SERLES (Wien): Die Niederösterreichische Regierung zur Zeit Rudolfs II. (1576–1608)

PETRA RAUSCH (Pécs): Die Beziehung der Zipser Kammer zur Niederösterreichischen Kammer: Die Verwaltung der Bergkammer und der Münzstätten von Nagybánya (Baia Mare) 1571–1613

BÉLA VILMOS MIHALIK (Budapest): Eine Stadt, drei Kirchen. Die Anfänge der Jesuitenmission in Nagybánya (1674–1677)

SARAH PICHLKASTNER (Wien): Erlaubtes Betteln in der Stadt. Die „Stattzeichner“ im frühneuzeitlichen Wien

Tagungsbericht *Frühnezeitforschung in Ungarn und Österreich*. 02.05.2011–03.05.2011, Wien, in: H-Soz-u-Kult 22.11.2011.